

Zelensky und Europa gründen Tribunal zur Verfolgung russischer Führer

Ukrainischer Präsident Zelensky und der Europarat gründen ein Tribunal zur Verfolgung russischer Führer wegen des Ukraine-Kriegs. Ein historischer Schritt für internationale Gerechtigkeit.



Der ukrainische Präsident **Volodymyr Zelensky** hat ein Abkommen mit dem Europarat (CoE) unterzeichnet, das die Gründung eines Tribunals vorsieht. Dieses Tribunal soll die Verfolgung hochrangiger russischer Beamter ermöglichen, die den Krieg gegen die Ukraine angeführt haben.

Unterzeichnung in Straßburg

Zelensky unterzeichnete das Abkommen am Mittwoch gemeinsam mit dem Generalsekretär des CoE, Alain Berset, in

der französischen Stadt Straßburg, wo die Organisation ihren Sitz hat.

Verantwortung für den Krieg übernehmen

Der ukrainische Präsident hat das besondere Tribunal als entscheidend dargestellt, um russische Beamte zur Rechenschaft für die **völlige Invasion seines Landes** zu ziehen, die im Februar 2022 begann und über drei Jahre anhält, mit enormen menschlichen Kosten.

Erweiterte Gerichtsbarkeit

Die Einrichtung des Tribunals zielt darauf ab, den Kreis derjenigen zu vergrößern, die für den Konflikt vor Gericht gestellt werden können. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC), der sich auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit konzentriert, hat bereits Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten **Wladimir Putin** sowie mehrere weitere hochrangige russische politische und militärische Persönlichkeiten erlassen.

Das erste Tribunal seiner Art

Das neue Organ wird sich mit dem Verbrechen der Aggression befassen, insbesondere in Bezug auf den Einsatz von Gewalt durch einen Staat gegen einen anderen. Dies ist das erste Mal, dass der Europarat ein solches Tribunal einrichtet.

Gestärkter Fokus auf Gerechtigkeit

„Das heute offiziell gegründete Tribunal eröffnet die Möglichkeit, die Führung des russischen Regimes für die gegen unseren Staat und unser Volk begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen“, schrieb der ukrainische Präsident auf X. Er fügte hinzu: „Wir werden weiterhin daran arbeiten, Gerechtigkeit für alle Opfer zu gewährleisten. Verbrecher müssen in Den Haag vor

Gericht gestellt und bestraft werden.“

Internationale Unterstützung und Reaktionen

Berset erklärte: „Diese historische Unterschrift erinnert uns daran, dass internationales Recht für alle gelten muss – ohne Ausnahmen und ohne Doppelstandards.“ Zusammen mit Putin erließ der ICC im März 2023 einen Haftbefehl gegen Maria Lvova-Belova, die russische Kommissarin für Kinderrechte. Beide werden beschuldigt, **Kinder illegal deportiert und transferiert** zu haben, die aus besetzten Gebieten der Ukraine nach Russland gebracht wurden.

Weitere Haftbefehle

Im März 2024 wurden außerdem Haftbefehle gegen Viktor Sokolov, einen russischen Marineoffizier und ehemaligen Kommandeur der Schwarzmeerflotte, sowie gegen Sergei Kobylash, einen Lieutenant General der russischen Streitkräfte, erlassen. Beide werden beschuldigt, den Kriegsverbrechen übermäßigen Zufalls Schaden zuzufügen und gegen die Menschlichkeit in Form unmenschlicher Handlungen verstoßen zu haben.

Stillstand bei den Verhandlungen

Unterdessen sind die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zur Beendigung des Krieges in der Ukraine weitgehend ins Stocken geraten, trotz der Vermittlungsversuche der Trump-Administration. Die Gespräche zwischen Russland, der Ukraine und dritten Ländern haben kaum Fortschritte gemacht, nachdem Moskau sich geweigert hat, von seinen maximalistischen Forderungen abzurücken und einen Waffenstillstandsplan präsentiert hat, der im Wesentlichen einer Kapitulation der Ukraine gleichkäme.

Zunehmende Angriffe auf ukrainische Städte

Gleichzeitig verstärkt Russland seine Angriffe auf ukrainische Städte. Laut ukrainischen Beamten kamen bei den Angriffen am Montag und Dienstag Dutzende ukrainische Zivilisten ums Leben – zwei der tödlichsten Tage seit vielen Monaten.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)